



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 33/2014

Halle (Saale), den 18. Dezember 2014

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland steigt im Jahr 2014 wohl um 1,5% und im Jahr 2015 um 1,3%. Nach einem schwachen Winterhalbjahr dürfte die deutsche Konjunktur langsam wieder in Schwung kommen, auch weil der niedrige Ölpreis für deutsche Haushalte und Unternehmen eine Kostenentlastung bedeutet. Der Verbraucherpreisindex dürfte im Jahr 2015 um 1,1% zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird wohl auf ihrem aktuellen Niveau von 6,4% verharren, obwohl vom flächendeckenden Mindestlohn für sich genommen negative Beschäftigungseffekte ausgehen werden.

Die wirtschaftliche Dynamik in der Welt ist seit geraumer Zeit heterogen: Die USA und Großbritannien befinden sich im Aufschwung, während die Produktion im Euroraum kaum mehr als stagniert. In Japan ging das Bruttoinlandsprodukt nach der Konsumsteuererhöhung im Frühjahr sogar zwei Quartale in Folge zurück. In China dürfte die Wachstumsdynamik im Verlauf des Jahres 2014 leicht nachgelassen haben. Brasilien und, auch politisch bedingt, Russland stehen am Rand einer Rezession.

Bei den Unternehmen hat sich die Stimmung im Schnitt zuletzt etwas eingetrübt: Der Markit-Einkaufsmanagerindex für die Weltwirtschaft ist zwar deutlich auf Expansionsniveau, aber etwas niedriger als im Sommer. Immerhin hat der Welthandel, der seit einigen Jahren ungewöhnlich schwach expandiert, seit dem Sommer wieder stärker zugelegt, insbesondere im asiatischen Raum. Eine Trendwende lässt sich daraus aber noch nicht ableiten, schon weil die für den internationalen Handel wichtige Konjunktur im Euroraum auch im Jahr 2015 kaum in Schwung kommen dürfte; zu groß sind die strukturellen Probleme insbesondere in Italien und Frankreich. Allerdings erhält der Euroraum recht kräftige Impulse, die ein Abgleiten in eine neue Rezession unwahrscheinlich erscheinen lassen: Der Euro hat seit dem Frühjahr real effektiv abgewertet. Zudem bedeutet der Rückgang des Ölpreises einen Realeinkommensschub für Haushalte, und er senkt die Produktionskosten der Unternehmen. Das gilt auch für die anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Auch deshalb dürfte sich der Aufschwung in den USA erst verlangsamen, wenn die Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2016 in die Überauslastung kommt. In Japan dürfte die Produktion im Jahr 2015 nur wenig schneller als mit ihrer langjährigen Trendrate von knapp 1% expandieren. In China setzt sich die allmähliche Verlangsamung der Wachstumsdynamik fort. Alles in allem expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2014 um 2,6%, im Jahr 2015 um 2,9% und im Jahr 2016 um 3,0%. Der Welthandel legt im Jahr 2014 um 3,6% zu, für die Jahre 2015 und 2016 beinhaltet die vorliegende Prognose einen Zuwachs von je 4,6%. Die Inflation bleibt in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften niedrig, in einigen Schwellenländern wie Indien und Brasilien geht sie im Jahr 2015 aufgrund der geldpolitischen Straffung und des Ölpreisfalls etwas zurück.

Sperrfrist:

18. Dez. 2014,
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 345 7753 800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium
(**BMWi**), Bundesministerium
der Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales (**BMAS**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**), Bundes-
ministerium für Verkehr und
Digitale Infrastruktur (**BMVI**),
Bundesministerium für
Gesundheit (**BMG**),
Bundeskanzleramt,
Wirtschafts- und
Finanzministerien der Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland, Arbeitsmarkt,
Produktion

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2014 bis 2016

	2014	2015	2016
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
private Konsumausgaben	1,0	1,3	1,6
Staatskonsum	1,1	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	2,9	1,9	3,8
Ausrüstungen	3,1	2,6	6,5
Bauten	3,3	1,6	2,5
sonstige Anlagen	1,2	1,6	2,5
Vorratsinvestitionen ^a	-0,2	-0,1	0,0
Inlandsverwendung	1,2	1,3	2,0
Außenbeitrag ^a	0,3	0,0	-0,2
Exporte	3,8	4,6	4,4
Importe	3,5	5,3	5,7
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,3	1,6
<i>darunter: Ostdeutschland</i>	1,3	1,1	
<i>nachrichtlich:</i>			
Welthandel	3,4	4,6	4,6
USA	2,3	3,0	2,8
Euroraum	0,8	1,0	1,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,5	0,2	0,3
Tariflöhne je Stunde	3,1	3,2	2,6
Effektivlöhne je Stunde	2,0	3,8	3,5
Lohnstückkosten ^b	1,9	2,7	2,1
Verbraucherpreisindex	0,9	1,1	1,4
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	42 657	42 819	43 010
<i>darunter: Ostdeutschland</i>	5 894	5 880	
Arbeitslose ^c	2 901	2 938	2 929
<i>darunter: Ostdeutschland</i>	622	620	
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	6,4	6,4	6,4
<i>darunter: Ostdeutschland</i>	9,5	9,5	
Arbeitslosenquote BA ^e	6,7	6,7	6,7
<i>darunter: Ostdeutschland</i>	9,8	9,8	
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,4	0,2	0,5

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2014: Prognose des IWH (Stand: 17.12.2014).

Die deutsche Konjunktur ist im Jahr 2014 knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt. Nach einem auch witterungsbedingt kräftigen Jahresauftakt ging die gesamtwirtschaftliche Leistung im zweiten Quartal zurück und blieb im Herbst mit einem Zuwachs von 0,1% schwach. Frühindikatoren deuten daraufhin, dass die Expansionskräfte aus der Welt, aber auch aus der Binnenwirtschaft wohl langsam an Boden gewinnen. Für das Winterhalbjahr 2014/2015 ist eine durchgreifende, d. h. breit angelegte und rasch an Tempo zunehmende Erholung aber noch nicht zu erwarten. Im Frühsommer 2015 dürften sich die konjunkturellen Kräfte sowohl aus der Binnen- als auch aus der Außenwirtschaft weiter verstärken. Mit zunehmender Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen wieder

mehr in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten investieren; die Investitionen des Staates ziehen – auch angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – an. Die Wohnungsbauinvestitionen bleiben aufwärtsgerichtet, auch wenn die Zuwächse aufgrund des erreichten hohen Niveaus sowohl von Seiten der privaten Haushalte als auch von Seiten institutioneller Investoren weniger kräftig ausfallen werden. Auch der niedrige Ölpreis entfaltet positive Wirkungen auf die Konjunktur. Insgesamt steigen die realen Einkommen, was sich in einem wieder stärker zunehmenden Konsum der privaten Haushalte niederschlagen sollte. Mit der schrittweisen Aufhellung des internationalen Umfelds, etwa der langsamen Erholung in Europa, werden die Exporte an Kraft gewinnen. Angesichts der breiter angelegten Belebung der Binnennachfrage werden auch die Importe im Prognosezeitraum wohl deutlicher zulegen; der Ölpreisverfall dämpft jedoch den Anstieg in nominaler Rechnung.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2014 um 1,5% steigen. Im Jahr 2015 wird es wohl um 1,3% zunehmen – etwa 0,2 Prozentpunkte davon sind auf den Ölpreisrückgang zurückzuführen. Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2014 dürfte sich die Produktionslücke Ende des Jahres 2015 schließen. Im Jahr 2016 dürfte die Produktion um 1,6% steigen. Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% bis 1,6%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 2,1% und für das Jahr 2016 von 0,2% bis 3,4%. Die Beschäftigung nimmt mit der Expansion der Produktion im Prognosezeitraum zu. Der Zuwachs dürfte aber insgesamt deutlich geringer ausfallen als im Jahr 2014; mit der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns werden Arbeitsplätze abgebaut. Die Verbraucherpreise ziehen im Prognosezeitraum leicht an, auch getrieben durch das Überwälzen der höheren Mindestlohnkosten. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte in den Jahren 2014, 2015 und 2016 positiv ausfallen.

Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln!

Seit Ausbruch der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise stellten sich der Wirtschaftspolitik in Deutschland vermeintlich ganz andere Aufgaben als auf europäischer Ebene. Es herrschte der Eindruck vor, dass Deutschland strukturell im Vergleich zu den Krisenländern gut aufgestellt sei. Der Rückgang der konjunkturellen Dynamik in Deutschland lenkt nunmehr die Aufmerksamkeit auch wieder verstärkt auf wirtschaftspolitische Herausforderungen im Inland. Seit dem vergangenen Frühjahr und wohl bis ins Jahr 2015 hinein dürfte die Produktion in Deutschland kaum mehr als stagnieren, und die Dynamik ist nicht mehr höher als im übrigen Euroraum. Wie dort, so leidet auch hierzulande die Konjunktur vor allem unter schwachen Investitionen. Dabei spielt eine Reihe von Problemen, die in vielen Euroraum-Partnerländern die Investitionstätigkeit belasten, in Deutschland kaum eine Rolle: Haushalte und Unternehmen werden hierzulande nicht von einer überhöhten Schuldenlast erdrückt, es gibt gesamtwirtschaftlich kein Überangebot an Wohnimmobilien, denn es hat hier im vergangenen Jahrzehnt keine Häuserblase gegeben, und der deutsche Bankensektor verknappt nicht das Kreditangebot, um seine Eigenkapitalbasis zu verbessern. Auch liegt

die gesamtwirtschaftliche Nachfrage jenseits der Investitionen nicht im Argen: Konsum und Exporte haben in diesem Jahr bisher nur wenig schwächer zugelegt als etwa im Frühjahr von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose erwartet – diese sah Deutschland noch im Aufschwung.

Die Gründe für die Schwäche der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit dürften also kaum konjunktureller Natur sein, sondern etwa bei ungünstigen regulatorischen Rahmenbedingungen oder bei pessimistischen Erwartungen zur Entwicklung des Arbeitsangebots liegen. Die Wirtschaftspolitik sollte daher darauf abzielen, die privatwirtschaftlichen Investitionsperspektiven in Deutschland sowie im übrigen Euroraum zu stärken. Staatliche Investitionsprogramme scheinen dazu wenig geeignet; sie sind mit bekannten Problemen wie Mitnahmeeffekten und häufig prozyklischer Wirkung verbunden. Vielmehr ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen für private Investitionen und die Effizienz staatlicher Investitionen zu erhöhen. Dies gilt umso mehr, als die stimulierenden Möglichkeiten der Geldpolitik im Euroraum ausgeschöpft sind.

Langfassungen:

Konjunktur aktuell: [Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung](#)

[Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2014 bis 2019](#)

[Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln!](#)

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: + 49 345 7753 800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.